

## **Gespräch beim Bundesverkehrsministerium zum Thema „Eiserner Rhein“**

Auf Vermittlung des Bundestagsabgeordneten Uwe Schummer fand am 23. Juni 2008, ein Gespräch zum Thema "Eiserner Rhein" mit dem parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Achim Großmann MdB, statt.

An dem Gespräch mit Herrn Staatssekretär Großmann und zwei Fachleuten aus dem Ministerium nahmen neben Herrn Schummer die Bürgermeister Heyes (Willich), Wagner (Nettetal), Winzen (Niederkrüchten), Thönnessen (Viersen) und Schulz (Schwalmtal) sowie der Landtagsabgeordnete Dr. Berger teil.

Herr Großmann verwies zunächst noch einmal auf die Gesamtsituation und die Notwendigkeit von verkehrspolitischen Maßnahmen aufgrund des stetig steigenden Gütertransportaufkommens. Fakt sei es demzufolge auch, dass Duisburg eine bessere Anbindung an den Hafen in Antwerpen benötige. Die These, dass die Niederländer kein gesteigertes Interesse daran hätten, Antwerpen zu stärken, um Rotterdam nicht zu schwächen, sei nicht zu halten, denn auf der Fachebene gebe es bereits eine Einigung zwischen den Häfen, künftig stärker zusammen zu arbeiten, da Rotterdam alleine auch nicht mehr das ständig steigende Frachtaufkommen meistern könne.

Weiterhin machte Herr Großmann deutlich, dass es verkehrspolitisch geboten sei, die Prüfung der in der Diskussion befindlichen Trassierungsvarianten zügig abzuschließen, damit Realisierung und Finanzierung besser beurteilt werden könnten. Zentrale Frage sei dabei, ob ein Konzept für die Übernahme möglicherweise entstehender Mehrkosten gefunden werden könne.

Die historische Trasse des Eisernen Rheins hätte den Vorteil, dass sie schrittweise angepasst an das steigende Verkehrsaufkommen ausgebaut werden könne. Zudem bewegten sich die Investitionskosten von etwas 100 Mio Euro für den zweigleisigen Ausbau dieser Strecke im Endzustand in einem vertretbaren Rahmen. Daher favorisiere das Ministerium auch diese Variante.

Die vom Land NRW bevorzugte Trassierungsvariante entlang der BAB A52 sei im deutschen Planungsabschnitt erheblich kostenintensiver. Das im Auftrag des Landes durchgeführte Gutachten weise für diese Variante allein in Deutschland nach einer aktuellen Prognose einen Investitionsbedarf von rund 900 Mio Euro aus.

Unabhängig von der weiter zu verfolgenden Trassierungsvariante und auch unabhängig von den Ergebnissen der derzeit laufenden niederländischen-belgischen Studien, deren Aussagekraft bezüglich einer Variantenentscheidung derzeit nicht absehbar sei, werde das Bundesverkehrsministerium die Trassierungsentscheidung einer Nutzen-Kosten-Analyse nach der Methodik der Bundesverkehrswegeplanung unterziehen. Diese Arbeiten würden im Kontext mit der anstehenden Bedarfsplanüberprüfung durchgeführt. Sollte von der historischen Trasse abgewichen werden, würden die Planungen durch die zuständigen Stellen vertieft. Darauf aufbauend könne dann eine internationale Vereinbarung der beteiligten Staaten abgeschlossen werden.

Bislang hätten trilaterale Gespräche nur auf Fachebene stattgefunden.

Belgien dränge auf die historische Trasse und möchte den Betrieb spätestens 2015 aufnehmen - seitens der Bundesrepublik halte man 2016/2017 für realistisch. Bei einer Alternativlösung (A52) gehe man von 2022 bis 2025 aus.

Es wurde noch einmal auf die von der Gemeinde Schwalmtal vorgelegte Resolution verwiesen, deren Aussagen u.a. in der von Fachleuten ermittelten deutlichen Kostensteigerung auf rund 900 Mio Euro für die A52-Variante ihre Bestätigung finden. Gleichzeitig wurde noch einmal die Forderungen der Resolution unterstrichen und eine ausreichende Interessenabwägung eingefordert.

Herr Großmann betonte sein Verständnis für eine Wertschöpfungserwartung möglichst alle Beteiligten. Klar sei auch, dass bei allen Maßnahmen - ganz gleich für welche Trasse man sich später entscheide - ein Optimum an Lärmschutz angestrebt werde.

Die Gesprächsteilnehmer aus dem Kreis Viersen wiesen nachdrücklich auf die deutlich erkennbaren Probleme einer A52-Lösung hin, die sich auch teilweise bereits in der Resolution der Gemeinde Schwalmtal wiederfinden.

Herr Großmann sagte zu, weiter zu informieren, wenn Gespräch auf der Ebene der politischen Leitung stattgefunden haben.